



Mieterinnen- und Mieterverband Luzern
Mythenstrasse 2 | 6003 Luzern
Telefon 041 220 10 22 | Fax 041 220 10 21
www.mieterverband.ch/luzern

Generalversammlung Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

13. Mai 2008, Casino Luzern

Medienmitteilung

Wohnpolitik kann nur betreiben wer Boden hat. Stadt und Gemeinden sind aufgefordert, auf eigenen Grundstücken eine sozial gute Durchmischung zu fördern. Gemeinnützige Wohnbauträger sind von der öffentlichen Hand zu unterstützen.

Bund und Kantone haben sich von der Wohnbauförderung distanziert. Es liegt an den Kommunen aktiv zu werden. Alfons Sonderegger, Departementssekretär der Stadt Zürich, zeigte in seinem Referat an der Generalversammlung des Mieterinnen- und Mieterverband Luzern (MV) auf, wie die Stadt Zürich beispielhaft den gemeinnützigen Wohnungsbau fördert. Stadt und Gemeinden haben die Möglichkeit, nach sozialen Kriterien ihre Liegenschaften zu bewirtschaften und sie ökologisch zu sanieren. Mit einer nachhaltigen Wohnbauförderung wird die Eigeninitiative der Baugenossenschaften unterstützt, wenn sie bestimmte Kriterien wie ökologische Standards und soziale Durchmischung einhalten. Das Beispiel Zürich könnte auch in Luzern Schule machen. Die letzten Landreserven der öffentlichen Hand werden in Luzern an den Meistbietenden zwecks besserem Steuerertrag verkauft. Dieses kurzfristige Denken kann leicht zu einem Bumerang werden, wenn selbst öffentliche Angestellte wie Krankenpflegepersonal oder Polizisten sich keine Wohnung mehr leisten können, sagte Sonderegger. Mit der Verfassungsinitiative «Für zahlbares und attraktives Wohnen» liegt der MV gerade richtig: Durch Planungsmassnahmen und Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf kommunaler Ebene sollen attraktive Siedlungen für immer der Spekulation entzogen werden.

Fast 300 Mitglieder sind der Einladung zur GV gefolgt. Paul Künzler trat als Kassier zurück. Als Nachfolger wurde Kuno Kälin gewählt. Neu im Vorstand nimmt Kantonsrat Giorgio Pardini Einsitz. Sämtliche Traktanden wurden angenommen. Der Mitgliederbeitrag wird auf 60 Franken erhöht.